

LANDESELTERNRAT der GESAMTSCHULEN in NW e.V.

Die Vorsitzende



08.04.02

Herrn Wolfgang Kubitzky
Referat I.1
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

via FAX: 0211-884-3002



Sehr geehrter Herr Kubitzky,

anbei übermittle ich Ihnen die schriftliche Stellungnahme unseres Verbandes zur Anhörung am 10.4.2002 vorab zur Vervielfältigung und Auslage. Ergänzende Ausführungen erfolgen mündlich in der Anhörung.

Mit freundlichen Grüßen

Sigrüd Beer



08.04.02

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 13/2084) „Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)“

Qualifizierte Lehrer/innen für alle Kinder

Wir stellen als Eltern hohe Ansprüche an die Professionalität der Lehrer/innen in Bezug auf fachliche, methodische, soziale und personale Qualifikationen und Kompetenzen. Wir erwarten, dass die Lehrer/innen dabei der jeweiligen Altersstufe und Lerngruppe entsprechend qualifiziert arbeiten. Mit steigenden gesellschaftlichen Anforderungen muss auch die Professionalität der Lehrer/innen weiter wachsen.

Der vorgelegte Entwurf ist unserer Ansicht nach nicht auf dieses Ziel hin angelegt, sondern verfolgt in erster Linie

- standespolitische Ziele mit der Konsequenz der Bevorzugung des Gymnasiums gegenüber allen anderen allgemein bildenden Schulformen und Schulstufen (alle Stellen A13, egal ob Mangelfach oder nicht; alle Stellen A13, obwohl ca.25% der Schüler/innen am Gymnasium gar nicht in die Oberstufe gehen)
- finanzpolitische und besoldungsrechtliche Ziele und soll im Zusammenhang mit der geplanten Änderung von Studienstrukturen auch als Steuerungsmodell für den Lehrerarbeitsmarkt dienen. (Eine vorsorgende Planung des Lehrbedarfs begrüßen wir grundsätzlich, sie darf aber nicht mit der Benachteiligung der Mehrheit der Schüler/innen in NRW einher gehen und muss der Prämisse der Qualitätsentwicklung genügen.)

Als Konsequenz und Gefahr durch den Entwurf sehen wir in der Folge der Wiederbelebung des Höheren Lehramts und des Volksschullehramts die Zweiklassengesellschaft in der Lehrerausbildung und Lehrerversorgung für die Kinder in NRW. Bei Betrachtung aller Merkmale, die wissenschaftlich hinreichend und immer wieder belegt sind, bedeutet das: Lehrer/innen, die länger studieren dürfen und damit mehr verdienen für eine sozial ausgelesene Schülerschaft!

Mit der Wiederbelebung der schulformbezogenen Lehrämter in der SEK I wird ohne Not das Stufenlehramt gekippt und die Durchlässigkeit im Bildungssystem weiter vermindert. Die Reise geht zurück in die Zeit vor der Bildungsreform.

Das widerspricht allen Erkenntnissen und Problemstellungen aus der PISA-Studie, die z.B. auch der Studienleiter für Deutschland, Jürgen Baumert, in Bezug auf die Lehrerausbildung und -fortbildung formuliert: „Die eigentliche Herausforderung ist es, Wege der professionellen Weiterentwicklung zu öffnen, um Unterrichtsskripte zur Routine werden zu lassen, die psychisch entlastender, ökonomischer rhythmisiert und weniger konvergent sind und Freiheiten geben, um mit heterogenen Lernvoraussetzungen ohne äußere Differenzierung intelligent umzugehen. Das dies möglich ist, zeigt der internationale Vergleich mit erfolgreichen integrierten Systemen.“ (E&W 1/2002)

Wie viel Zeit wird in unseren Schulen allein darauf ver(sch)wendet, um justiziabel festzustellen, dass „Kinder nicht in eine Lerngruppe gehören“ und sie los zu werden, anstatt alle



Anstrengungen in ein effektives und individuelles Fördern fließen zu lassen? Lehrer/innen machen sich selbst etwas vor, wenn sie mangelnden Unterrichtserfolg damit verbrämen wollen, dass sie nur nicht die „richtigen Kinder“ in der Lerngruppe sitzen haben.

Stufenbezogene Lehrämter entwickeln

Wir sehen in der stufenbezogenen Lehrerausbildung durchaus viele Felder, die einer Verbesserung bedürfen.

- So wird z. B. Heterogenität immer noch als vorrangiges Lernproblem und nicht Lernchance begriffen und vermittelt. Vielmehr haben die Hochschulen bisher dieses Aufgabenfeld sträflich vernachlässigt. In fachdiaktischen Seminaren werden häufig immer noch singuläre Kontakte in eine Schulform hinein gepflegt, wird die Fiktion vom Homogenität aufrecht erhalten. Es gibt jedoch überhaupt keine wissenschaftlichen Belege, dass das Stufenlehramt gescheitert ist.
- Es sind zudem nicht die fachwissenschaftlichen Defizite von Lehrer/innen, die uns die TIMSS-Ergebnisse und nun auch PISA-Ergebnisse beschert haben, sondern vielmehr die didaktisch und methodischen Defizite.
- Immer noch lassen sich Lehrer/innen von der Einstellung leiten, dass sie erst die "passenden" Kinder vor sich haben müssen, um ihre unterrichtlichen Aufgaben erfüllen zu können.
- Es ist bisher überhaupt nur unzureichend diskutiert worden, wie groß die Überschneidungen in den Fähigkeitsniveaus (s. wiederum TIMSS und in der aktuellen Bestätigung PISA) in den einzelnen Schulformen sind, die die Segregation im Übrigen ad absurdum führen, und welche Anforderungen daraus für die Qualitätsentwicklung von Unterricht erwachsen.
- Angesichts der Tatsache, dass unsere Gesellschaft mehr und qualifiziertere Abschlüsse bis hin zum Abitur benötigt, sind alle Maßnahmen, die mehr auf das Sortieren von Kindern setzen und damit Schullaufbahnen festzurren, kontraproduktiv. Durchlässigkeit funktioniert in unserem Bildungssystem erwiesenermaßen nur in eine Richtung wirklich, nämlich abwärts.

Es ist eine Illusion der Ministerin zu glauben, durch das Aufheben des Stufenlehramtes endlich mehr Lehrer/innen für die Hauptschulen zu gewinnen. Die schulformbezogenen Lehrämter verhindern auch in Bayern nicht die Situation, dass die Hauptschulen keine Lehrer/innen mehr finden. Die im Entwurf angelegten Besoldungsunterschiede werden mittel- und langfristig dazu führen, dass noch mehr Lehrer/innen in andere Bundesländer abwandern, die z. B. auch Hauptschullehrer/innen mit A13 besolden.

Chancengleichheit und Qualitätsentwicklung in NRW nur Papierform

Der vorgelegte Entwurf widerspricht eklatant dem Modellvorhaben Selbstständige Schule und der damit verbundenen Förderung von regionalen Bildungslandschaften, weil er inte-

¹ Die NRW-Fakten müssen zur Kenntnis genommen werden. Das sind die wirklichen Effekte der „Qualitätssicherung“ der letzten Jahre: Die Zahl der Übergänge in NRW in die gymnasiale Oberstufe ist unter der Bildungsministerin Behler gesunken, anstatt auf internationales Niveau gesteigert zu werden. Die Zahl der Sitzenbleiber und Rückläufer im Schulsystem hat dagegen drastisch zugenommen. Anstatt einer Förderpolitik, die den individuellen Förderbedarf der Schüler und Schülerinnen in das Zentrum stellt, werden in Wahrheit finanztechnische Steuerungsmodelle vorgelegt.



Die Vorsitzende

grative Elemente und Ansätze behindert und den „Lehrermarkt“ für bestimmte Schulen und Schulformen ungerecht beschneidet. Zudem ist deutlich zu vermerken: Wenn der Markt, eine Fakultas in Papierform oder eine Schulformzugehörigkeit und nicht die reale Unterrichtsleistung und das Engagement in Schule über die Besoldung bestimmt, dann wird Chancengleichheit und Qualitätsentwicklung für die Schullandschaft in NRW zur Makulatur. Das Land verabschiedet sich damit endgültig vom Leistungsprinzip in den Schulen in NRW. Es zählt nicht, was ein Lehrer tut und wie er unterrichtet, sondern lediglich, wo er es tut.

Wir brauchen mehr Lehrer/innen in allen Schulformen und Schulstufen, die flexibler einsetzbar sind.

Die wachsenden Anforderungen an eine Flexibilisierung des Lehrereinsatzes für das System können nicht durch das Einziehen von neuen vertikalen Strängen umgesetzt werden und sind im Hinblick auf den europäischen Kontext nicht zukunftsorientiert, sondern rückwärts gewandt. Gleichwertige, kombinierbare Stufenlehrämter sind sicherlich eher in der Lage auf sich verändernde Bedarfe in Schulstufen oder -formen reagieren zu können. Die notwendige Aufwertung - auch in der Frage der Besoldung der Unterrichtstätigkeit in der Grundschule und der Sekundarstufe I unterbleibt im Entwurf.

Dabei ist der oft angeführte Verweis auf Bundesbeamtenrecht für nicht entlastend, das Land hat hier ausreichende Handlungsmöglichkeiten. Das eine höhere Bewertung der Tätigkeit vor allem in der Primarstufe und SEK I nicht gewollt ist, zeigt die Studienzeitregelfestlegung, obwohl sogar ein stufenübergreifendes Lehramt mit erhöhten beruflichen Anforderungen geplant ist.

Warum werden die Hinweise und Aussagen der OECD nicht ernst genommen, die uns international den Spiegel vorhält und mahnt die Lernenden und nicht die Institution und vorgesehene Bildungsprogramme in den Vordergrund zu stellen:

„Das muss bei der frühkindlichen Entwicklung ansetzen und dann zu flexiblen Bildungspfaden führen, die es dem Einzelnen ermöglichen, seine Fähigkeiten entsprechend einen Bildungsgang zu verfolgen und auch gegebenenfalls zu korrigieren. Entscheidungen dürfen deshalb nicht zu früh festgelegt und institutionalisiert werden. Umgekehrt verlangt dies von den Lehrern, mit Leistungsheterogenität innerhalb von Schulen effektiv umzugehen.“ Und besonders wichtig, so führt Andreas Schleicher von der OECD (in E&W 1/2002 und zahlreichen anderen Artikel z. B. in „Die Zeit“) weiter in der PISA-Diskussion aus, „dass eine breite Beteiligung an Bildungsgängen, die zu höheren Abschlüssen führen, und die Sicherung eines hohen Leistungsniveaus gleichzeitig realisierbar ist.“²

² Dagegen präsentieren sich die jüngsten Äußerungen aus der Konrad Adenauer-Stiftung zu den PISA-Resultaten in unglaublicher Peinlichkeit gegenüber den internationalen Ergebnissen, dass Schule sozialen Unterschiede zwar nicht gänzlich aufheben kann, aber effektiv mildern - im Gegensatz zur Wirkung im deutschen Schulsystem: „Man sollte freilich bei dieser Diskussion auch nicht übersehen, dass die bildungspolitische Vision der späten 60er Jahre, man könne soziale Unterschiede durch die Schule kompensieren, schon damals an ihre Grenzen stieß, dass angesichts genetisch vorgegebener Begabungsverteilung auch die beste Förderung ebenfalls begrenzt ist.“ (Dieter Althaus/Josef Kraus/Jörg-Dieter Gauger/Hartmut Grawe: PISA und die Folgen, Neue Bildungsdebatte und erste Reformschritte, Sankt Augustin, Februar 2002, Zukunftsforum Politik, Broschürenreihe herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nr. 40)



Die Bildungsrechte von Kindern und Jugendlichen nicht weiter verletzen

Schon jetzt werden durch defizitäre Lehrpläne, z. B. in den Hauptschulen, die in internationalen Vergleichen ein blamables Niveau aufweisen, durch die praktizierte reale soziale Auslese beim Übergang von der Grundschule in die SEK-I-Schule, durch die sich dadurch bildenden sozialen Lernmilieus und mangelnde Förderung Bildungsrechte von tausenden von Kindern massiv verletzt. Der sozialen Auslese folgend werden auch die Lehrer, die zukünftig am Gymnasium unterrichten sollen in Studienzeiten und Besoldung privilegiert. Einher mit dem demokratischen Skandal geht der volkswirtschaftliche Skandal, denn in unserem Bildungssystem, dass durch den vorlegten Entwurf weiter zementiert werden soll, werden Bildungsressourcen für unsere Gesellschaft ungenutzt gelassen, von den sozialen Folgekosten der Bildungsspaltung ganz zu schweigen.

Für Eltern haben die folgenden Punkte in der Lehrerbildung Vorrang:

- In der Schule werden Kinder unterrichtet und nicht Fächer.
- Studierende sollen lernen, gute Lehrer/innen zu sein und das von Anfang an schon im Studium.
- Alle Kinder in allen Schulformen und Schulstufen haben ein Recht auf fachlich und methodisch gleich gut versierte Lehrer.

An keiner Stelle im Gesetzentwurf wird deutlich, dass für den Lehrerberuf der Wettbewerb um die Besten nötig ist - und gerade dort wo es um die schwächeren Schüler/innen geht. Denn: Wer Spitzensport will, muss den Breitensport fördern. Ein Zitat, dass inzwischen auch oft genug publikumswirksam wiederholt wird, das aber keine Niederschlag in der Bildungspolitik findet.

Wir brauchen für die Zukunft unserer Kinder nicht die Lehrer, die nach einem fachwissenschaftlichen Bachelor keine Zukunft in der Wirtschaft sehen oder bekommen und dann für die Schule übrig bleiben.

Wir fordern die Landesregierung auf,

- für eine ausreichende Lehrerversorgung für alle Kinder und Jugendlichen in allen Schulen zu sorgen.
- die benötigten Lehrer/innen vertieft, höherwertig und grundständig gezielt für das Berufsfeld Schule fachlich und methodisch zu qualifizieren
- die Grundlage zu schaffen, um ein wirklich leistungsgerechtes Besoldungssystem in der Schule einzuführen
- den zukünftigen Lehrer/innen angemessene Zukunftsperspektiven im Berufsfeld Schule aufzuzeigen.

Sigrüd Beer, Vorsitzende